



BAU INDUSTRIE
Hamburg Schleswig-Holstein

8 IMPULSE FÜR HAMBURG

Vorschläge der Bauindustrie zur
Bürgerschaftswahl
am 2. März 2025



Unsere 8 Impulse für Hamburg im Überblick:

1. **Infrastruktur modernisieren und mit Mut ausbauen:**
Bauen ist die Basis für die Zukunft
2. **Unternehmen von Bürokratie entlasten:**
unternehmerisches Handeln fördern
3. **Wohnungsbau wieder bezahlbar machen:**
Klimaschutz im Gebäudebestand mit Augenmaß angehen
4. **Verkehrsinfrastruktur modernisieren:**
Grundlage für Mobilität und Güterverkehr stärken
5. **Wärme- und Energiewende konkret machen:**
Anlagen- und Netzinfrastruktur ausbauen
6. **Moderne Arbeit und Bildung:**
mit zufriedenen Fachkräften Zukunft bauen
7. **Rechtliche Rahmenbedingungen fair gestalten:**
durch Partnerschaft auf Augenhöhe schneller bauen
8. **Digitalen Wandel gestalten:**
vernetzt planen und bauen



Olaf Demuth
Vorstandsvorsitzender
des Bauindustrieverbandes
Hamburg Schleswig-Holstein e.V.



Manja Biel
Hauptgeschäftsführerin
des Bauindustrieverbandes
Hamburg Schleswig-Holstein e.V.



Wir bauen die Zukunft Hamburgs und der Metropolregion

In den kommenden vier Jahren kommt es darauf an, dass wir alle gemeinsam das Ruder herumreißen und das wirtschaftliche Potenzial Hamburgs für Wachstum und Wohlstand entfesseln.

Die Unternehmen der BAUINDUSTRIE sind auch in der norddeutschen Metropole Konjunkturtreiber und mit ihrer bewährten Leistungsfähigkeit die Realisierer eines starken, attraktiven Industrie- und Wirtschaftsstandorts.

Die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg bewegen sich tagtäglich in von uns gebauten Arbeits- und Lebenswelten. Ohne Gebäude, Industrieanlagen, Straßen oder soziale Infrastrukturen wäre unsere Welt eine andere – sie wäre leer, ohne Schutz und Wohnraum, ohne Mobilität, ohne Industrie, ohne Energie.

Unsere Unternehmen bauen die dringend benötigte Windkraft und Industrieanlagen, Verkehrswege, Forschungseinrichtungen, Schulen, Kitas und Breitbandanbindungen, ohne die die Energie-, Mobilitäts- und Wärmetransformation oder innovative Forschung und gute Bildung nicht gelingen wird.

Ohne die BAUINDUSTRIE wird es in Hamburg keine intakten Brücken, Straßen, Radwege, keine neuen Bahnlinien, keinen neuen bezahlbaren Wohnraum und keine internationale Attraktivität für die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg geben.

Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst, übernehmen diese gerne und brauchen dafür partnerschaftlich agierende Ansprechpartnerinnen und -partner im künftigen Senat. Zusammen mit unseren Mitgliedsunternehmen möchten wir dafür werben, dass eine Fehlerkultur in Bauprojekten möglich und eine Absicherungsmentalität abgelöst wird.

Als Verband, der bundesländerübergreifend arbeitet, plädieren wir dafür, Politik nicht nur bis zur Stadtgrenze zu denken: **Vieles von dem, was in Hamburg passiert, hat auch Folgen für die gesamte Metropolregion – zugleich kann Hamburg nur mit den Unternehmen und Arbeitskräften des Umlands seine ganze Kraft entfalten.**

1.

Infrastruktur modernisieren und mit Mut ausbauen: Bauen ist die Basis für die Zukunft



Es geht jetzt darum, von Hamburg aus neue Impulse für wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. In der Region genauso wie für ganz Deutschland. Die Infrastruktur der Freien und Hansestadt spielt dabei eine zentrale Rolle. **Ob und wie wir heute unsere Infrastruktur modernisieren und neu bauen, bestimmt, wie wir morgen leben und arbeiten!**

Der Einsturz der Carolabrücke in Dresden hat es gezeigt: Wir dürfen die Infrastruktur nicht verkommen lassen – Bauen sollte deshalb unbedingt eine Daueraufgabe des künftigen Senats sein. Ob für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Modernisierung unserer Verkehrsnetze oder die Errichtung von Energieinfrastrukturen.

Bauen ist zudem nicht nur ein wesentlicher Hebel für den Klimaschutz, Bauinvestitionen haben auch einen erheblichen Multiplikatoreffekt: Jeder in den Bau investierte Euro erzeugt 2,50 Euro an gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung.

Der Hafen, der Michel, der Elbtunnel, die Köhlbrandbrücke, die Elbphilharmonie: Immer wieder hat die Metropole unter Beweis gestellt, dass sie groß denken kann und über sich hinauswächst.

Entscheidend dabei sind mehr Offenheit und Mut, Neues zu wagen und mehr Tempo bei der Umsetzung!



Unternehmen von Bürokratie entlasten: unternehmerisches Handeln fördern



Rein rechnerisch liegt der Anteil des Personals in den Bauunternehmen, der mit der Erledigung bürokratischer Aufgaben befasst ist, gemessen an der Gesamtarbeitszeit bei über 30 Prozent. Die überbordende Bürokratie lässt sich dabei nicht an einem Gesetz oder Bereich festmachen. **Es ist nicht die einzelne bürokratische Pflicht, sondern die schiere Masse an Anzeige-, Dokumentations-, Nachweis- und Berichterstattungspflichten, die inzwischen unternehmerisches Handeln bremst.**



Wir begrüßen die vom Senat beschlossene Neufassung der Hamburgischen Bauordnung (HBauO), um bürokratische Hindernisse abzubauen, Bauvorhaben einfacher und schneller zu ermöglichen. Das, was sich in Hamburg als gut und richtig erweist, sollte über die Bauministerkonferenz in die Musterbauordnung Eingang finden.

Deswegen schlagen wir als BAUINDUSTRIE Folgendes vor:

- die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verkürzen, ohne auf Qualität zu verzichten,
- die schnellstmögliche Umsetzung der Neufassung der HBauO,
- flexiblere Ausrichtung von Bebauungsplänen, weniger Vorschriften,
- die Einführung der Vollständigkeits- und Zustimmungsfiktion,
- die Standardisierung im Artenschutz,
- die Priorisierung bei Genehmigungsverfahren von Wasserstraßenprojekten,
- die Reduzierung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Planfeststellungsverfahren,
- flexible Vergabemodelle,
- die Genehmigungsfreistellung für Ersatzneubauten,
- frischen Wind und einen Generationswechsel in den Behörden und Ämtern: agiles Arbeiten und Durchlässigkeit der Strukturen.

3.

Wohnungsbau wieder bezahlbar machen: Klimaschutz im Gebäudebestand mit Augenmaß angehen

Das „Bündnis für das Wohnen“ war ein guter Ansatz, eine Verstetigung des Wohnungsbaus zu erreichen. Die Zahl der genehmigten und gebauten Wohnungen ist in jüngster Zeit jedoch auch in Hamburg deutlich zurückgegangen. Ein entscheidender Faktor für den Rückgang sind die Kosten – deshalb begrüßen wir die Initiative der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen zum kostenreduzierten Bauen, an der wir als Verband mitgearbeitet haben. Die Analyse der vermeidbaren Kostentreiber, die verdichtet im „Hamburg-Standard“ kostenreduziertes Bauen ermöglicht, sollte zur Daueraufgabe des künftigen Senats werden.

Bei der Stadtentwicklung gehört Mut zu Neuem dazu: Die Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“ – im Mai 2017 in die Baunutzungsverordnung eingeführt, um in städtischen Lagen eine höhere bauliche Dichte und andere Nutzungsmischung zu ermöglichen – könnte viel häufiger angewendet werden als bisher.

Zur Wiederankurbelung des Wohnungsbaus in der Stadt schlagen wir als BAUINDUSTRIE Folgendes vor:

- die zügige Umsetzung des „Hamburg-Standards“ zum kostenreduzierten Bauen, ganz gleich, wer künftig im Senat für den Wohnungsbau verantwortlich ist,
- den Verzicht auf DIN-Normen, wo sie mehr blockieren als nutzen,
- den Klimaschutz im Gebäudebestand mit Augenmaß anzugehen,
- eine deutliche Senkung oder vorübergehende Aussetzung der Grunderwerbsteuer.



Verkehrsinfrastruktur modernisieren: Grundlage für Mobilität und Güterverkehr stärken



Eine ständige Erneuerung und Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für Hamburgs Erfolg als Wirtschaftsmetropole und Logistik-Hub in Nordeuropa. Sie ist die Basis dafür, dass Bürgerinnen und Bürger in einer angemessenen und planbaren Zeit von A nach B kommen.

Deswegen unterstützen wir ausdrücklich die geplante Modernisierung und den Ausbau von Verkehrswegen in Hamburg, damit private Mobilität und Güterverkehr sich weiterentwickeln und nachhaltiger werden können.

Für die Ressourcenplanungen unserer Unternehmen schlagen wir als **BAUINDUSTRIE** eine transparente Gesamtplanung der Projekte sowie eine baldmögliche Umsetzung der folgenden Projekte vor:

- Ersatzneubau der Köhlbrandbrücke,
- Instandsetzung der Kaimauern,
- Erweiterung der A7 südlich des Elbtunnels,
- A26-Ost („Hafenpassage“),
- Ausbau des Straßeninstandhaltungsprogramms,
- Ausbau der Lade-Infrastruktur für Fahrzeuge aller Art,
- U4-Ausbau/U5-Neubau auf kompletter Strecke von Osten und Westen,
- Bau bzw. Erweiterung der S-Bahnen S4/S5/S6,
- Erweiterung des Hauptbahnhofs,
- Bau des Fernbahnhofs Hamburg-Altona am S-Bahnhof Diebsteich.



Wir schlagen zudem eine sichtbarere Unterstützung der FHH von Projekten außerhalb Hamburgs vor, von denen die Stadt auch sehr profitiert, beispielsweise dem Bau der A20 der Fehmarnbelt-Querung.

Das Kommunizieren und Managen von Baustellen hat sich verbessert, aber noch ist Luft nach oben. **Jede Baustelle verspricht die nachhaltige Verbesserung einer Situation** - dies sollte künftig deutlicher herausgestellt werden.

Wir als BAUINDUSTRIE schlagen zur Verbesserung des Managements Folgendes für unsere Baustellen vor:

- einen sinnvolleren Zuschnitt von Bauabschnitten,
- mehr Bedarfsflächen für die Einrichtung von Baustellen,
- mehr Freiheit eines flexibleren Einsatzes unserer Ressourcen.



Wärme- und Energiewende konkret machen: Anlagen- und Netzinfrasturktur ausbauen



5.

Die Umsetzung der Energie- und Wärmewende geht mit einem kompletten Umbau des Energiesystems bis spätestens zum Jahr 2045 einher. **Der Energiemix der Zukunft wird einen Paradigmenwechsel bei der Netzplanung und beim Netzausbau erfordern.** Hamburg hat bereits viel für die Wärme- und Energiewende getan, jetzt gilt es, diese an den vielen Stellen konsequent weiterzuführen. Eine „One Size fits all“-Lösung existiert für den Energie- und Wärmemarkt nicht, da es innerhalb der vorhandenen Infrastrukturen, Gebäudebestände und Kundenanforderungen an deren Wärmeversorgung eine Vielfalt an Kombinationsmöglichkeiten gibt. **Wichtig ist es deshalb, möglichst individuelle Lösungsmöglichkeiten zuzulassen und einen breiten Anwendungsmix zu ermöglichen.**

Wir als BAUINDUSTRIE schlagen daher vor:

- die Gebäude- und Wärmewende im Sinne der Sektorenkoppelung zusammenzudenken, indem Neubau- und Sanierungsziele in Verbindung mit der kommunalen Wärmeplanung kongruent ausgerichtet und Quartiersansätze gestärkt werden,
- keine vorzeitige Festlegung auf einen einzigen Transformationspfad vorzunehmen, sondern stattdessen die gesamte Bandbreite an Technologien zu nutzen, von Wärmepumpen auf Basis von Strom aus erneuerbaren Energien (EE-Strom), Fernwärme und Geothermie über Solarthermie und Biomasse bis hin zu wasserstoffbasierten Strom- und Wärmeerzeugern.

6.

Moderne Arbeit und Bildung: mit zufriedenen Fach- kräften Zukunft bauen



Seit Ende der Baukrise 2009 hat das Bauhauptgewerbe in Deutschland etwa 500.000 Menschen eingestellt. Trotzdem sehen 65 Prozent der Bauunternehmen in knappen Fachkräften ein Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Mit intensiver Nachwuchswerbung, der nachhaltigen Integration ausländischer Fachkräfte, qualitativ hochwertiger betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildung sowie dem verstärkten Einsatz von Nachunternehmern aus der EU konnte sich die Bauwirtschaft in den letzten Jahren als attraktive Branche mit Chancen für Personengruppen diverser Hintergründe positionieren.

Um die Anziehungskraft der Branche und ihre Produktivität zu erhöhen, müssen die schulischen Voraussetzungen für und von Bewerberinnen und Bewerbern verbessert, die Rahmenbedingungen für betriebliche und überbetriebliche Ausbildung ausgebaut und die Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften vereinfacht werden.

Wir als BAUINDUSTRIE schlagen daher vor:

- Berufsorientierungsprogramme praxisnah und branchenspezifisch zu ermöglichen, um interessierten Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die berufliche Vielfalt der Baubranche zu bieten,
- die Möglichkeiten für die Förderung technischer Ausstattung sowie digitaler Infrastrukturen überbetrieblicher Ausbildungsstätten auszubauen und die Mittelvergabe zu vereinfachen,
- bedarfsgerechte Zuwanderung mit Beschleunigung der Verfahren bei der Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Qualifikationen, Sprach- und Integrationskursen sowie Einbürgerungsverfahren,
- Programme der Bundesagentur für Arbeit für die Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen und die Unterstützung leistungsschwächerer Auszubildender branchenspezifisch anzupassen,
- die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) auf bauindustrielle Unternehmen auszuweiten, um Ausbildungsbetriebe finanziell zu entlasten, die Attraktivität der Bauausbildung zu erhöhen und aufgrund der verpflichtenden, überbetrieblichen Ausbildung am Bau eine Gleichstellung mit dem Baugewerbe herzustellen.

Rechtliche Rahmenbedingungen fair gestalten: durch Partnerschaft auf Augenhöhe schneller bauen



Die öffentliche Beschaffungspraxis mit der strikten Trennung von Planen und Bauen sowie dem Gebot zur Fach- und Teillosvergabe stößt immer mehr an ihre Grenzen. Vernetzungs- und Innovationspotenziale der Digitalisierung können so kaum bis gar nicht gehoben werden. Im Ergebnis sind die vielfältigen Bauaufgaben, eine zunehmende Projektkomplexität sowie hohe Koordinierungsaufwände für öffentliche Auftraggeber mit knappen Personalkapazitäten kaum beherrschbar. Die öffentliche Hand kann sich stattdessen stärker auf die Kompetenzen aus der Planungs- und Bauwirtschaft hinsichtlich Steuerung und Optimierung von Planungs- und Bauprozessen verlassen. Öffentliche Auftraggeber sollten deshalb mehr Entscheidungsfreiheit bei der Wahl des Vergabe- und Vertragsmodells erhalten. Durch Nutzung einer breiten Vielfalt an Vergabe- und Vertragsmodellen – von der bekannten Losvergabe, über Gesamt- und Paketvergaben bis hin zu IPA-Verträgen wie bei der Weiterentwicklung der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität oder Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) – können Verwaltungen entlastet und Projekte partnerschaftlicher umgesetzt werden.

Wir als BAUINDUSTRIE schlagen daher vor:

- das Vergaberecht zu transformieren und es öffentlichen Auftraggebern zu ermöglichen, einzelfallbezogen und flexibel das passende Vergabe- und Vertragsmodell auszuwählen – von der Gewerke-/Losvergabe über Funktionalausschreibungen bis hin zur integrierten Planung, um Planung und Bau – wo sinnvoll – zusammenzuführen und so einen Anreiz für innovative Baulösungen zu geben,
- die Anwendung qualitativer Wertungskriterien, die etwa auf Bauzeitoptimierungen, Klimafreundlichkeit und Qualität ausgerichtet sind, zu testen und – wo sinnvoll – einzuführen, um vom reinen Preiswettbewerb hin zu einem Wettbewerb um die besten ingenieurtechnischen Ideen zu gelangen.



- verstärkt Nebenangebote in öffentlichen Ausschreibungen zuzulassen, um beispielsweise durch den Einsatz umweltfreundlicherer Baumaterialien oder energieeffizienter Bauverfahren Innovationen zu fördern, die über die Mindestanforderungen hinausgehen,
- bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand das CO₂-Schattenpreismodell schrittweise einzuführen, wodurch neben der Bewertung des Baupreises auch ein fiktiver Preis für CO₂ in den Wettbewerb mit der Anreizwirkung gestellt wird, Emissionen am Bau zu reduzieren,
- eine Fehlerkultur und bei Vergaben ein gemeinsames Risikobudget zu etablieren, das Abweichungen vom Projektverlauf besser abfedert und so Projekte effizienter zur Vollendung zu kommen,
- Grundstücksvergaben nach dem Erbbaurecht mit Augenmaß zu vollziehen.

Digitalen Wandel gestalten: vernetzt planen und bauen

8.

Die Bauwirtschaft muss ihre Produktivität steigern. Einen entscheidenden Faktor für Innovations- und Rationalisierungspotenziale bietet die Digitalisierung aller Planungs- und Bauprozesse innerhalb der Wertschöpfungskette Bau – von der Projektplanung und -genehmigung, über Kalkulation und Abrechnung, Ressourcenmonitoring und Baugerätesteuerung bis hin zur Vernetzung von Infrastrukturen (IoT). Auch wenn die Erkenntnis über die enormen Digitalisierungspotenziale allgegenwärtig vorhanden ist, kommt die Umsetzung nur sehr langsam in Gang. Ziel muss es sein, keine analogen Verfahren mehr zu nutzen – auch keine PDFs – und alle Prozesse von der Genehmigung bis hin zur Abrechnung digital abzubilden. **Der öffentlichen Hand als größtem Auftraggeber für den Bau in Deutschland wird dabei eine entscheidende Rolle zufallen.** Für eine erfolgreiche Digitalisierung am Bau sollte die öffentliche Hand deshalb verstärkt auf sogenannte Push-and-pull-Ansätze zurückgreifen, das heißt mit konkreten Vorgaben einerseits und Freiräumen für digitale Innovationen andererseits die digitale Transformation begünstigen.



Wir als BAUINDUSTRIE schlagen daher vor:

- Digitalisierung der Verfahren und Ausbau der Verwaltungsressourcen,
- in der Bearbeitung der öffentlichen Verwaltung KI dort anwenden, wo es Sinn macht und die Prozesse im Sinne eines schnelleren und effizienteren Bauens verschlankt.

BAU INDUSTRIE

Hamburg Schleswig-Holstein

Herausgeber

Bauindustrieverband Hamburg Schleswig-Holstein e.V.
Loogestraße 8
20249 Hamburg
www.biv-hh-sh.de

Kontakt

Manja Biel, Hauptgeschäftsführerin
manja.biel@biv-hh-sh.de
0160-916 13 555

Fotoquellen

Titelseite
Seite 2
Seite 4
Seite 6
Seite 10

imageBROKER.com GmbH & Co. KG / Alamy Stock Foto
AUG. PRIEN Bauunternehmung (GmbH & Co. KG)
Aarsleff Grundbau GmbH
AUG. PRIEN Bauunternehmung (GmbH & Co. KG)
Bauindustrieverband Hamburg Schleswig-Holstein e.V.